

Executive Summary

Die Planungen für den 14. Fünfjahresplan zeigen, dass Peking sich gezwungen sieht, das Land wirtschaftlich, technologisch und finanziell unabhängiger und autarker zu machen. Deswegen setzt die Regierung auf mehr eigene Technologie, auf eigene Energieressourcen und auf mehr Binnenkonsum. Im Kern steht das Streben nach größerer Unabhängigkeit und weniger internationaler Risiken, einer Reduktion der Verletzlichkeit relevanter Lieferketten und einer Sicherung strategischer Ressourcen im Mittelpunkt.

Während deutsche Unternehmen durch den wachsenden amerikanischen Decoupling-Druck vor zum Teil schwierige Entscheidungen gestellt werden, wird dieser Druck jetzt ergänzt durch den Versuch der Volksrepublik China, ihrerseits die Abhängigkeit von ausländischen Märkten und Unternehmen zu reduzieren. Im Ergebnis besteht die Gefahr, dass deutsche Unternehmen regelrecht in eine Sandwichfalle geraten, der sie nur schwer entkommen können. Getragen von völlig unterschiedlichen strategischen Motiven ergänzen sich die amerikanische und chinesische Wirtschafts- und Handelspolitik zu einem außerordentlich riskanten Gemisch für europäische und deutsche Unternehmen.

Decoupling 2.0 – Die geökonomische Bedeutung der Beschlüsse des 5. Plenums der KPCh

In Anbetracht eines zweiten Corona-Lockdowns und in Erwartung eines vielleicht problematischen Wahlergebnisses in den USA am 3. November ist es kein Wunder, dass ein anderes, aber ähnlich wichtiges Ereignis fast unbemerkt von medialer Aufmerksamkeit im Westen vonstattengehen konnte. Vom 26. bis 29. Oktober tagte in Peking das 5. Plenum des 19. Zentralkomitees der kommunistischen Partei Chinas. Vor wenigen Stunden ist diese Plenartagung zu Ende gegangen. Ihre Ergebnisse werden auf deutsche Unternehmen einen ähnlichen Einfluss haben, wie der Ausgang der US-Wahl.

Hintergrund

Seit Monaten bereiten sich die Führungsebenen der Kommunistischen Partei Chinas auf die Verabschiedung des 14. Fünfjahresplanes vor. Die jetzt abgeschlossene Sitzung des 5. Plenums hat erste verbindliche Festlegungen vorgenommen, die im nächsten März offiziell in der Sitzung des Nationalen Volkskongresses verabschiedet werden und die Wirtschaftspolitik der chinesischen Regierung in den Jahren 2021-2025 zentral bestimmen werden. Die Konturen dieses Fünfjahresplanes

zeichnen sich allmählich ab und lassen Rückschlüsse auf die strategischen Intentionen der chinesischen Führung zu.

Zentrale Inhalte

Wachstumsziele

Chinas Wirtschaft hat sich bemerkenswert gut von den dramatischen Einbrüchen der Covid-19 Krise erholt. Derzeit gehen offizielle Statistiken davon aus, dass bereits im dritten Quartal 2020 wieder ein Wachstum von über 6 % erreicht werden konnte. Die Prognosen für das Gesamtjahr 2020 belaufen sich trotz der Corona Pandemie auf +1,9 % und sollen im Jahre 2021, insbesondere getrieben von der Industrieproduktion, wieder stolze 8,2 % erreichen. Die Beschlüsse des 5. Plenums deuten darauf hin, dass die chinesische Regierung für den Zeitraum 2021-2025 ein durchschnittliches Wachstum von 5 % erwartet. Allerdings sollen diese Wachstumsziele weniger rigide wie in der Vergangenheit festgelegt werden, um der Partei eine flexiblere Reaktion auf veränderte ökonomische Rahmenbedingungen zu erlauben.

Dualer Kreislauf – Dual Circulation

Die Theorie der „Zweifachen Zirkulation“, die von Präsident Xi Jinping erstmals im Mai 2020 erwähnt wurde, und seither intensiv unter chinesischen Fachleuten diskutiert worden ist, besagt, dass es einen binnenwirtschaftlichen und einen außenwirtschaftlichen Kreislauf gibt. Ganz offensichtlich wird der Schwerpunkt des 14. Fünfjahresplanes darauf liegen, den binnenwirtschaftlichen Kreislauf zu stärken und Chinas angepeiltes Wirtschaftswachstum im Wesentlichen durch eine Förderung von Konsum und Dienstleistungsbranchen, wie es zum Teil auch schon im laufenden Fünfjahresplan gefordert war, zu erreichen. Diese Zielsetzung hat gegebenenfalls schwerwiegende strategische Konsequenzen für ausländische Unternehmen, weil China nach wie vor den Schutz der Wettbewerbsfähigkeit eigener Unternehmen durch staatliche Maßnahmen, tarifäre und nicht-tarifäre Handelshemmnisse und politische Blockaden befördert und damit die Auswirkungen der amerikanischen Decoupling-Politik nun seinerseits entsprechend zum Nachteil westlicher Unternehmen ergänzt.

Innovation

Im Bereich der Innovationspolitik wird eine Fortsetzung der ambitionierten Ziele des Programms „China 2025“ zu erwarten sein. Insbesondere die Abhängigkeit in der Chip-Produktion dürfte für die Partei hoch auf der Agenda stehen, um Unternehmen wie Huawei oder ZTE vor absehbarem Druck durch die Unterbrechung der Lieferketten zu schützen. Die fortgesetzte politische Unterstützung für Hightech- und Halbleiterindustrie, und Unternehmen im Bereich Big Data sowie künstlicher

Intelligenz ist von daher selbstverständlich vorgesehen. Neben einem Handelskrieg rüstet sich das Land erkennbar für einen „Technologiekrieg“. Laut Berichten von ntv hat „Staatschef Xi Jinping bereits in Aussicht gestellt, bis zu umgerechnet 1,4 Billionen (1400 Milliarden) Dollar - inklusive privates Kapital - für Investitionen bereitzustellen, um die Technologiebranche vom Import ausländischer Chips unabhängig zu machen – vor allem von der Dominanz der USA. Gleichzeitig soll dadurch die Wirtschaft der Volksrepublik einen Turboschub bekommen.“

Reformen

Im Bereich der diskutierten nächsten Reformschritte sind keine dramatischen Veränderungen, wohl aber ein Nachjustieren bei bereits in Angriff genommenen Reformschritten zu erwarten. Armutsbekämpfung bleibt vorrangiges ökonomisches und soziales Ziel. Nicht zuletzt deshalb soll es weitere Lockerungen des Hukou-Systems geben, um es Menschen aus ländlichen Gebieten leichter zu machen, sich in Städten anzusiedeln. Das Ziel besteht darin, Arbeitskräftemangel in hunderten von chinesischen Städten auf diese Weise zu beheben. Im finanziellen Sektor werden Schritte erwartet, die größere Freiheiten für den Kapitalmarkt vorsehen, um so die Verzerrungen in der Kreditallokation zwischen Staatsbetrieben und dem privaten Sektor zu vermeiden. Letzterer leidet oft unter einem mangelhaften Zugang zu Krediten, weil Staatsbetriebe bislang bevorzugt behandelt werden. Das genaue Spektrum dieser Reformen lässt sich im Detail in den Beratungen des nationalen Volkskongresses im März 2021 ablesen.

Politische Nachfolge

Die üblichen Hinweise auf die geplanten Nachfolgeregelungen zur derzeitigen politischen Führung, die in der Vergangenheit bereits auf dem vierten Plenum erfolgt sind, sind auch dieses Mal ausgeblieben. Damit dürfte feststehen, dass Präsident Xi Jinping über seine Amtszeit hinaus, die derzeit turnusgemäß im Jahr 2022 endet, im Amt zu bleiben gedenkt. Die notwendigen Statutenänderungen hatte der Nationale Volkskongress bereits vorgenommen.

Konsequenzen und Einschätzungen

Die chinesische Führung hält mit den erkennbaren Kernelementen des 14. Fünfjahresplanes an den ambitionierten geopolitischen und geoökonomischen Zielsetzungen der Jahre bis 2025 und darüber hinaus für den 15-Jahreszeitraum bis 2035 fest. Große Umbrüche sind nicht zu erwarten, vielmehr bleiben die wesentlichen strategischen Zielsetzungen unverändert: Sicherung nationaler Souveränität, Erhalt innenpolitischer Stabilität und Fortsetzung des ökonomischen Wachstums- und Aufholprozesses bleiben Kernbestandteil chinesischer Politik. Die politische Führung kann sich bei diesen Ambitionen darauf stützen, dass das Land wohl am schnellsten und besten aus der Covid-

BGA China Update

Der 14. Fünfjahresplan – Implikationen für die deutsche Wirtschaft

Pandemie herauskommt. Im nächsten Jahr dürfte Chinas Beitrag zum Wachstum der Weltwirtschaft bei über 60 % liegen, im Jahre 2019 waren es noch 40 %.

China reagiert allerdings auf der Grundlage der Erfahrungen des sino-amerikanischen Handelskrieges auf die drei großen Trends, die sich mit den Begriffen „Slowbalization“, „Splinternet“ und „Decoupling“ verbinden. Die Planungen für den 14. Fünfjahresplan zeigen, dass Peking sich gezwungen sieht, das Land wirtschaftlich, technologisch und finanziell unabhängiger und autarker zu machen. Deswegen setzt die Regierung auf mehr eigene Technologie, auf eigene Energieressourcen und auf mehr Binnenkonsum. Im Kern steht das Streben nach größerer Unabhängigkeit und weniger internationalen Risiken, einer Reduktion der Verletzlichkeit relevanter Lieferketten und einer Sicherung strategischer Ressourcen im Mittelpunkt.

Während deutsche Unternehmen durch den wachsenden amerikanischen Decoupling-Druck vor zum Teil schwierige Entscheidungen gestellt werden, wird dieser Druck jetzt ergänzt durch den Versuch der Volksrepublik China, ihrerseits die Abhängigkeit von ausländischen Märkten und Unternehmen zu reduzieren. Im Ergebnis besteht die Gefahr, dass deutsche Unternehmen regelrecht in eine Sandwichfalle geraten, der sie nur schwer entkommen können. Getragen von völlig unterschiedlichen strategischen Motiven ergänzen sich amerikanische und chinesische Wirtschafts- und Handelspolitik zu einem außerordentlich riskanten Gemisch für europäische und deutsche Unternehmen.



Prof. Dr. Eberhard Sandschneider, Partner bei Berlin Global Advisors, ehem. Direktor bei der DGAP, Professor für Internationale Politik, FU Berlin. Experte für **China**, **Geopolitik** und **strategische politische Fragen**

Kontakt:

Eberhard Sandschneider
BGA – Berlin Global Advisors GmbH
Kurfürstendamm 53
+49 30 88 4 754 70
eberhard.sandschneider@bga.global